Bürgerinitiative zum Schutz der Landschaftsschutzgebiete
in Baden-Baden und Umgebung e.V.

BI BAD e.V.
Laisenbergweg 13a
76534 Baden-Baden

BI SL BAD e.V. · Laisenbergweg 13a · 76534 Baden-Baden

Presseerklärung der BI Windkraftfreies Grobbachtal
zum Pressegespräch am 12.12.2025, 12:00 Uhr

Gasthaus Hotel Auerhahn, Geroldsauerstrasse 160, 76534 Baden-Baden

Alarmstufe rot für das UNESCO-Welterbe Baden-Badens und zehn weiterer europäischer Traditionsbäder-Städte

Unter der Überschrift „Alarmstufe rot für das UNESCO-Welterbe Baden-Badens und zehn weiterer europäischer Traditionsbäder-Städte“ lädt die Bürgerinitiative „Windkraftfreies Grobbachtal“ Pressevertreter und Vertreter relevanter Institutionen und Gruppen zu einem Informationsgespräch am 11.12.2025 in den Auerhahn in Baden-Baden-Geroldsau.

Auslöser hierfür ist die derzeitige Planung des Verbands Region Karlsruhe zur Windenergie. Obwohl die Vorgabequote von 1,8 Prozent Vorrangflächen für Windkraftanlagen auch ohne die das UNESCO-Welterbe Baden-Badens und zehn weiterer traditionsreicher Bäderstädte in Europa bedrohenden Flächen rund um Baden-Baden erfüllt wäre, hält der Verband an seiner Planung fest. Konkret handelt es sich um die Vorrangflächen an der Roten Lache auf Gernsbacher und Weisenbacher Gemarkung, eine Fläche am Hohberg, besser bekannt als Yberst, die teilweise auf Sinzheimer Gemarkung liegt sowie Flächen im Baden-Badener Stadtwald am Brandbuckel/Wettersberg und am Eberkopf.

Entsprechend der Gutachten des renommierten Wissenschaftlers Prof. Dr. Michael Kloos, die eigens zur Vereinbarkeit von Windkraftanlagen und Welterbe Baden-Badens erstellt wurden und auch dem Verband Region Karlsruhe vorliegen, sind Windkraftanlagen in den aufgeführten Vorranggebieten eine erhebliche Bedrohung des Welterbe Baden-Badens und damit von zehn weiteren europäischen Traditionsbädern. Der europäische Gedanke, der in der politischen Großwetterlage wichtiger denn je erscheint, wird damit aus Sicht der Bürgerinitiative sehenden Auges vom Verband Region Karlsruhe unterminiert.

Der Verband geht davon aus, eine Verträglichkeit von Windkraftanlagen und Welterbe durch einzelne Höhenbegrenzungen sicherzustellen. Nach Meinung der Bürgerinitiative und von Rechtsexperten ist eine Höhenbegrenzung jedoch nicht zulässig. Paragraph 4 Abs. 1 S. 5 WindBG führt diesbezüglich Folgendes aus: „Höhenbegrenzungen schmälern Ertrag und Wirtschaftlichkeit von Windenergieanlagen und werden deshalb auch auf Ebene der ggf. nachlaufenden und die Vorranggebiete für die Nutzung von Windenergie konkretisierenden Bauleitplanung explizit ausgeschlossen. Zudem können Vorranggebiete, die eine Höhenbegrenzung aufweisen, nicht auf den Flächenbeitragswert angerechnet werden."

Die Sicht von Bürgerinitiative und Rechtsexperten teilt offensichtlich auch der weltweit agierende Windanlagenprojektierer JUWI. Die Firma bezieht in einem Schreiben vom Sommer 2025 an den Verband Region Karlsruhe zu dessen aktueller Planung Stellung und führt wörtlich aus: „Diese entspricht mit 250m jedoch nicht den sich aktuell in der Planung befindenden oder gar kurzfristig absehbaren Zukunft zu erwartenden Anlagengrößen". JUWI empfiehlt daher größere Anlagen zugrunde zu legen.

Spätestens nach diesem Hinweis des weltweit agierenden Windanlagenprojektierers hätte der Verband Region Karlsruhe seine Planung anpassen bzw. ändern müssen. Insbesondere auch unter Berücksichtigung der Historie, in welcher der VGH Mannheim am 19.11.2020 schon einmal die rechtswidrige Planung des Vorgängerverbandes Regionalverband Mittlerer Oberrhein festgestellt hatte. Hauptkritikpunkt war damals die Planung mit zu geringen Höhen für Windenergieanlagen.

Aus Sicht der Bürgerinitiative gefährdet der Verband Region Karlsruhe bei unveränderter Haltung seine gesamte Planung für Vorranggebiete für Windenergieanlagen, da nach Meinung der BI die Stadt Baden-Baden nicht umhinkäme, gegen die aktuelle Planung Klage zu erheben, um das Welterbe zu schützen.

Als nicht nachvollziehbar stuft die Bürgerinitiative Windkraftfreies Grobbachtal nicht nur die Haltung des Verbandes, sondern auch die einzelner Nachbarkommunen Baden-Badens ein, denen offensichtlich die politische Dimension des Welterbeverlustes für die europäische Idee nicht bewusst oder egal zu sein scheint.